

Anselm Faust

# Die Lageberichte der rheinischen Gestapostellen 1934–1936

Historische Bedeutung und wissenschaftlicher Quellenwert<sup>1</sup>

Zwischen 1934 und Frühjahr 1936 hatten die regionalen Dienststellen der Geheimen Staatspolizei monatlich über die Stimmung der Bevölkerung und über wirtschaftliche, soziale, kirchliche und politische Entwicklungen und Ereignisse schriftlich Bericht zu erstatten. Wengleich die deutschen Archive diese Lageberichte – wie auch andere Berichtsserien aus dem „Dritten Reich“ – durchaus nicht versteckten, erkannte die Geschichtswissenschaft ihren Wert erst in den 1970er Jahren in dem Maße, wie sie die Bevölkerung nicht mehr nur als Objekt, sondern auch als Subjekt der Geschichte des „Dritten Reiches“ zu begreifen begann. Zu den Autoren dieser Jahre, die sich auf breiter Basis auf nationalsozialistische Berichte stützten, rechnen Marlis Steinert, Ian Kershaw, Franz Droege sowie Detlev Peukert mit seiner nachwirkenden Studie über die KPD an Rhein und Ruhr.<sup>2</sup> Eine besondere Breitenwirkung zeitigte das von Martin Broszat initiierte „Bayern-Projekt“, dessen Ergebnisse sich entscheidend auf Berichte bayerischer Regierungspräsidenten und Polizeidirektionen, der politischen Polizei, von Landratsämtern und von Gau- und Kreisleitungen der NSDAP stützen.<sup>3</sup> Für die Sozialgeschichtsschreibung speziell der Industriearbeiterschaft nicht weniger folgenreich war die kommentierte Dokumentation von Tim Mason über die Arbeiterpolitik 1936–1939.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Überarbeitete Fassung eines vor der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde am 2.5.2012 gehaltenen Vortrags. Auf ausführliche Literatur- und Quellenhinweise wird im Folgenden verzichtet. Sie finden sich in der in Anm. 9 genannten Edition.

<sup>2</sup> Detlev Peukert, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945*, Wuppertal 1980.

<sup>3</sup> Martin Broszat, Elke Fröhlich u. Falk Wiesemann, *Bayern in der NS-Zeit*, Band 1: *Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte*, München 1977, sowie weitere Bände.

<sup>4</sup> Timothy W. Mason, *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zu deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939*, Opladen 1975.

Mit diesen und zahlreichen weiteren Studien stand die Edierung von Berichten nationalsozialistischer Provenienz in stimulierender Wechselwirkung. Den Anfang hatte bereits in den 1950er Jahren Bernhard Vollmer mit Aachener Regierungs- und Gestapoberichten gemacht,<sup>5</sup> ohne aber zunächst Nachfolger zu finden. Wichtige Impulse gingen dann seit den 1970er Jahren von den von Heinz Boberach herausgegebenen „Berichten des SD und der Gestapo über Kirche und Kirchenvolk“<sup>6</sup> und von den voluminösen „Meldungen aus dem Reich“<sup>7</sup> aus sowie von den ebenso umfangreichen „Deutschland-Berichten“ der Sopade.<sup>8</sup> In der Folge erschienen eine ganze Reihe von Editionen besonders von Berichten der Justizbehörden, der Gestapo und der Ober- bzw. Regierungspräsidenten, die einerseits Forschungen zur Rolle und Bedeutung der staatlichen Mittel- und Unterinstanzen, der Justiz und der Polizei im „III. Reich“ und andererseits regionalgeschichtliche Darstellungen inspirierten.

Es lag demnach nahe, auch die monatlichen Lageberichte der rheinischen Gestapostellen für die wissenschaftliche Nutzung aufzubereiten und zu publizieren, was unter der Regie der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde und mit finanzieller Unterstützung der Gerda Henkel Stiftung sowie der Fritz Thyssen Stiftung in Angriff genommen wurde. Der erste, das Jahr 1934 umfassende Band ist kürzlich erschienen.<sup>9</sup> Dies ist der Anlass, Umfang, Inhalt, Zweck und Charakter der Berichte vorzustellen und ihren Quellenwert zu reflektieren.

Von den fünf rheinischen Gestapostellen in Düsseldorf, Aachen, Köln, Koblenz und Trier sind insgesamt 91 Lageberichte nachweisbar und im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland in Düsseldorf, im Landeshauptarchiv Koblenz, im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin sowie im Bundesarchiv Berlin greifbar. Sie beginnen im Laufe des Frühjahr 1934 und enden bereits zwei Jahre später im März 1936.

Die Geheime Staatspolizei entstand im Frühjahr 1933 durch die Umwandlung der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiiums in ein Geheimes Staatspolizeiamt (Gestapa) mit der Aufgabe, „die wirksame Bekämpfung aller gegen

<sup>5</sup> Bernhard Vollmer, *Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936*, Stuttgart 1957.

<sup>6</sup> Heinz Boberach (Hg.), *Berichte des SD und der Gestapo über Kirche und Kirchenvolk in Deutschland 1934–1944*, Mainz 1971.

<sup>7</sup> Heinz Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945*, 17 Bände, Herrsching 1984.

<sup>8</sup> *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940*, 7 Bände, Salzhausen 1980.

<sup>9</sup> Anselm Faust/Bernd-A. Rusinek/Burkhard Dietz (Bearb.), *Lageberichte rheinischer Gestapostellen. Band I: 1934* (= Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, Bd. LXXXI), Düsseldorf 2012.

den Bestand und die Sicherheit des Staates gerichteten Bestrebungen zu sichern“.<sup>10</sup> Das Gestapa ressortierte zunächst beim preußischen Innenminister, kam aber im November 1933 in den Zuständigkeitsbereich des preußischen Ministerpräsidenten, der in seiner Eigenschaft als „Chef der Geheimen Staatspolizei“ zur Aufsicht und Wahrnehmung der Geschäfte einen „Inspekteur der Geheimen Staatspolizei“ einsetzte, was zunächst der Dezernent im preußischen Innenministerium Rudolf Diels wurde, bis er im April 1934 als Regierungspräsident nach Köln geschickt wurde. Zu seinem Nachfolger berief Ministerpräsident Hermann Göring Reichsführer-SS Heinrich Himmler, der wiederum seinen Vertrauten Reinhard Heydrich, den Chef des Sicherheitsdienstes (SD) des Reichsführers-SS, zu seinem Stabsleiter und zum Leiter des Gestapa ernannte. Damit begann die Anbindung der staatlichen politischen Polizei an die Partei, doch blieb die Zugehörigkeit zur allgemeinen inneren Verwaltung – allmählich sich lockernd – noch erhalten, bis 1939 die politische Polizei, also die Gestapo, mit der Kriminalpolizei und der SS im Reichssicherheitshauptamt zusammengefasst wurde.

Als regionaler Unterbau des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin wurde seit 1933 in allen Regierungsbezirken jeweils eine regionale Staatspolizeistelle eingerichtet und mit Außendienststellen versehen, und zwar – parallel zum Gestapa – durch Umwandlung der politischen Polizei der Bezirke. Trotz der Unterstellung unter das Gestapa blieb die politische Polizei – jetzt unter der Firma Gestapo – auch in der Region aber in die allgemeine Verwaltung eingegliedert, auch wenn die Modalitäten unklar respektive variabel waren. Diese Doppelgleisigkeit, die in vielerlei Hinsicht die innere Struktur des „Dritten Reiches“ charakterisierte, konkretisierte sich unter anderem darin, dass die regionalen Gestapoleiter meist zugleich zu politischen Referenten ihrer jeweiligen Regierungspräsidenten berufen wurden.

Der Entstehungsgeschichte und der Verflechtung mit der inneren Verwaltung entsprach die personelle Kontinuität innerhalb des Polizeiapparats. Im preußischen Durchschnitt entstammten 1935 rund drei Viertel der Gestapoangehörigen der Polizei der Weimarer Republik. Allerdings lag auf der Ebene der Gestapostellenleiter der Anteil wohl etwas niedriger. Zu dieser Gruppe meist jüngerer, aber schon erfahrener Laufbahnbeamter gehörte zum Beispiel der erste Leiter der Gestapostelle Köln, Dr. Adolf Möller. Der 1901 geborene Jurist hatte bei seiner Ernennung bereits mehrere Verwaltungsstationen hinter sich und war zuletzt politischer Dezernent bei der Regierung Köln gewesen. Vermutlich trat er erst im Mai 1933 der Partei bei; seit Oktober 1933 war er SS-Mitglied. Sein späterer Berufsweg bewegte sich dann wieder im Rahmen der allgemeinen inneren Ver-

<sup>10</sup> Neuorganisation der politischen Polizei. Runderlass des Ministeriums des Innern vom 26.4.1933, in: Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung 1933, Sp. 503.

waltung. Vier Jahre älter als Möller war der zweite Leiter der Staatspolizeistelle Düsseldorf, Franz Sommer, der seit 1930 der Politischen Polizei im Polizeipräsidium Oberhausen-Mülheim, dann in Düsseldorf vorgestanden hatte.

Neben solchen Aufstiegen im Rahmen der regulären Beamtenlaufbahn hatten sich 1933 noch zwei andere Wege für eine Karriere in der politischen Polizei eröffnet. Der eine Weg verlief auf der Parteischiene, auf der „Alte Kämpfer“ ohne einschlägige Verwaltungs- oder Polizeierfahrung in Leiterstellungen gelangten. Im Rheinland gehört zu dieser Gruppe der erste Düsseldorfer Gestapoleiter, ein Regierungsbaurat Rudolf Murray, der sich möglicherweise durch seine NSDAP-Ortsgruppenleitertätigkeit im Düsseldorfer Zooviertel empfohlen hatte. Insgesamt und auf Dauer war diese Gruppe aber zahlenmäßig unbedeutend.

Für die längerfristige Entwicklung der Gestapo entschieden wichtiger war die Gruppe der jungen „Hoffnungsträger“<sup>11</sup>. Sie rekrutierte sich aus Gerichts- und Regierungsassessoren, für die die Gestapostellenleitung allenfalls die zweite, oft sogar die erste Beamtenstelle war, die sie nicht selten als Startrampe für eine steile Karriere im nationalsozialistischen Terrorapparat zu nutzen wussten. Ein Repräsentant dieser Gruppe war der Assessor bei der Staatsanwaltschaft Aachen Dr. jur. Johannes Nockemann, der 1933 als Dreißigjähriger Leiter der Gestapostelle Aachen wurde, 1935 die Gestapo Köln übernahm, im selben Jahr als Leiter nach Koblenz versetzt wurde und im Krieg eine wichtige Position im Reichssicherheitshauptamt einnahm. Er und andere junge Kollegen verbanden ihre akademische Qualifikation mit Skrupellosigkeit, Ehrgeiz und politischer Zuverlässigkeit und prägten zunehmend das Erscheinungsbild der staatspolizeilichen Funktionselite.

Bei allen Unterschieden im Einzelnen war diesen jungen Karrieristen mit den zumeist etwas älteren Polizeibeamten gemeinsam, dass sie alle nicht gegen ihren Willen in ihre Positionen gelangt waren, dass es ihnen an Selbstbewusstsein nicht mangelte und dass sie recht klare Vorstellungen davon besaßen, was ihres Amtes war. Hinzu trat – ausweislich der Lageberichte – nicht nur ein ausgeprägter Staatsbezug ihres Denkens und Handels und demgemäß das Beharren auf der Unabhängigkeit der Verwaltungen von äußeren Einflüssen, sondern auch der Anspruch, als kompetente Kenner der regionalen Zustände höheren Orts wahr und ernst genommen zu werden. Solcherlei Einstellungen, die von Antisemitismus und Hass gegen alle Linksbewegungen ergänzt wurden, fanden in den Lageberichten deutlichen Niederschlag, weshalb sie genauerer Betrachtung wert sind.

Die Gestapo hatte die „Aufgabe, alle staatsgefährlichen Bestrebungen im gesamten Staatsgebiet zu erforschen und zu bekämpfen, das Ergebnis der Erhe-

<sup>11</sup> So die Bezeichnung von Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 185, für Nockemann.

bungen zu sammeln und auszuwerten, die Staatsregierung zu unterrichten und die übrigen Behörden über für sie wichtige Feststellungen auf dem Laufenden zu halten und mit Anregungen zu versehen.“<sup>12</sup> Eine solche Informationsverpflichtung war für eine staatliche Behörde grundsätzlich nicht ungewöhnlich, denn die vertikale Berichterstattung innerhalb der Instanzenzüge gehörte seit jeher zu den Funktionsprinzipien der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Auch mit einer kontinuierlichen Beobachtung der Bevölkerung hatte die innere Verwaltung, einschließlich der politischen Polizei, schon langjährige Erfahrung, weshalb – auch in Anbetracht der personellen Kontinuitäten – bei der 1933 einsetzenden beträchtlichen Intensivierung des Berichtswesens kein Neuland betreten werden musste.

Als regelmäßig monatlich zu erstellende Rapports der regionalen Gestapostellen über ihre Tätigkeit und die Verhältnisse in ihren Sprengeln kristallisieren sich die Lageberichte im Laufe des Frühjahr 1934 heraus. Der erste überlieferte rheinische Bericht stammt aus Aachen und bezieht sich auf den Monat Februar 1934; dicht überliefert sind die Berichte aber erst ab Sommer 1934. Auch die Regierungspräsidenten hatten mittlerweile regelmäßig nach Berlin zu berichten.

Die Monatsberichte sollten neben Ereignissen, Entwicklungen und Stimmungen auch Einschätzungen und Urteile der Berichtersteller enthalten, und ausdrücklich sollten sie ungeschminkt die Wirklichkeit wiedergeben. Als Materialbasis diente ein breiter Fundus verschiedenster Quellen, zu denen die eigenen Kenntnisse und die bei Ermittlungen, Denunziationen und V-Leute-Informationen entstandenen Akten, sowie die mehr oder minder regelmäßigen Mitteilungen unterschiedlicher Provenienz zählten. So waren sämtliche Kreis- und Ortspolizeibehörden (Landräte und Bürgermeister) berichtspflichtig. Weitere Informationen lieferten die Dienststellen der NSDAP, der Deutschen Arbeitsfront und des SD sowie Arbeitsämter, Finanzämter, Schulräte, Industrie- und Handelskammern, Landwirtschaftsverbände und Industriebetriebe. Leider ist dieses Material in den Archiven fast überhaupt nicht überliefert.

Die Gliederung der Berichte folgte einem vorgegebenen, aber flexibel gehandhabten Muster. In der Regel begannen sie mit einer Übersicht über die Stimmung der Bevölkerung. Im Sommer 1934 z. B. wurde diese zunächst von der blutigen Niederschlagung des sogenannten Röhmputsches Ende Juni beherrscht. Sie erregte im Rheinland auch deshalb Aufsehen, weil ihr zwei regional sehr bekannte katholische Verbandsfunktionäre zum Opfer fielen, nämlich der Leiter der Katholischen Aktion Erich Klausener und der Leiter der Sportorganisation Deutsche Jugendkraft Adalbert Probst.

Nur wenig später traten der Tod des Reichspräsidenten Hindenburg und die kurz darauf abgehaltene Volksabstimmung über die Zusammenführung der Ämter

<sup>12</sup> Gesetz über die Geheime Staatspolizei, 10.2.1936, in: Preußische Gesetzsammlung, S. 21.

des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in den Vordergrund, deren insgesamt wenig überzeugendes Ergebnis von den Gestapoleitern ausführlich kommentiert, das heißt schönegeredet wurde. Im weiteren Verlauf des Jahres rückte dann die intensiver werdende Propagandaschlacht über den zukünftigen Status des Saargebiets in den Fokus, worüber die Saarbevölkerung Ende Januar 1935 abstimmen sollte.

Neben solchen zeitlich begrenzten Ereignissen schlugen sich durchgängig die sozialen Verhältnisse in der Stimmung der Bevölkerung und dementsprechend in den Lageberichten nieder. Nach dem Tiefpunkt 1933 waren die Lebensverhältnisse für den allergrößten Teil der Bevölkerung 1934 noch immer schlecht und besserten sich auch bis 1936 nur zögerlich und in manchen Wirtschaftsbe-  
reichen und rheinischen Regionen überhaupt nicht. Dies gaben die Berichte sehr ausführlich und in besorgter Tonlage nach Berlin weiter. So meldete beispielsweise der Kölner Gestapoleiter im Juni 1935 nach Berlin: „Die bereits in den Vormonaten zu beobachtende anziehende Tendenz der Lebensmittelpreise zeigte sich im Berichtsmonat besonders stark. Die Folge davon waren Misstimmung in der Gesamtbevölkerung und schwindendes Vertrauen zur Preisüberwachung [...] Ganz besonders belastet wurde verständlicherweise wieder die Arbeiterschaft, da Preissteigerungen in erster Linie bei den lebensnotwendigsten Gegenständen einzutreten pflegen und das Einkommen des Arbeiters an sich schon so gering ist, dass er mit seiner Familie selbst bei grösster Sparsamkeit kaum durchkommen kann. Die Stimmung in der Arbeiterschaft und bei den Erwerbslosen ist infolgedessen äusserst gedrückt. [...] Löhne und Unterstützung sind weit entfernt von einem angemessenen Verhältnis zu den Preisen für die tägliche Lebenshaltung, zudem übersteigen die Löhne vielfach kaum die Unterstützung. Bei Berücksichtigung dieser so überaus schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft ist ihre Haltung oft geradezu erstaunlich. Insbesondere überrascht es, dass nicht noch weitere Kreise kommunistischer und sonstiger staatsfeindlicher Propaganda nachgeben. Es ist deshalb nicht nur eine weitere Zurückführung der Arbeitslosigkeit notwendig, sondern vor allem auch eine Lohnverbesserung.“<sup>13</sup>

Auf den Abschnitt über die Volksstimmung schloss sich gewöhnlich ein Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft an – einschließlich der jeweiligen Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse. Offensichtlich vor allem auf der Grundlage der von den Handelskammern und den Landwirtschaftsorganisationen gelieferten Informationen deklinierte die Gestapo mitunter in aller Breite den Geschäftsgang aller bedeutsamen Branchen der Region durch und hatte – den Zeitläufen gemäß – überwiegend Negatives zu berichten. Dabei ließ sie keinen Zweifel daran, dass das mühsame Ingangkom-

<sup>13</sup> Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz PK, I. HA Rep. 90, Annex P, Nr. 81/6.



men der Konjunktur von der nationalsozialistischen Devisen- und Rohstoffbewirtschaftung, die im Kern eine Kontingentierung im Interesse der Autarkie war, massiv behindert wurde. Nicht weniger kritisch beobachteten die Gestapostellen die problematische Politik des Reichsnährstandes, dieser Mammutorganisation aller agrarpolitischen Verbände und Einrichtungen, denn sie provozierte auf der einen Seite mit einer Flut marktregulierender Vorschriften den Unwillen der Bauern und verärgerte zugleich durch ihre Preispolitik die Verbraucher, weil auf deren Kosten die landwirtschaftlichen Einkommen stabilisiert werden sollten.

Ein weiterer Abschnitt war dem „Kommunismus und Marxismus“ gewidmet, womit KPD und SPD gemeint waren. Während die Ausführungen über die Sozialdemokraten zumeist recht knapp ausfielen, was deren Widerstandsverhalten getreu widerspiegelt, wurde der KPD insbesondere im Düsseldorfer und Kölner Bezirk viel Platz eingeräumt, und zwar sowohl was die Erkenntnisse über die Organisationsstrukturen angeht, als auch, was die Verfolgungsmaßnahmen der Gestapo betrifft. In diesen Passagen lesen sich die Berichte wie Erfolgsmeldungen, garniert mit Zahlen von Verhaftungen- und Beschlagnahmen, wiewohl die Gestapoleiter nicht umhin kamen einzuräumen, dass es den Kommunisten in diesen ersten Jahren durchaus gelang, zerschlagene Organisationsstrukturen immer wieder neu aufzubauen.

Ähnlich breiten Raum nimmt in den Lageberichten der Abschnitt über die katholische Kirche ein, vor allem in Düsseldorf und Köln auch derjenige über die evangelische, die in den Bezirken Aachen, Koblenz und Trier kaum eine Rolle spielte. Anders als die Passagen über die KPD, die die Gewissheit der Gestapo erkennen lassen, den kommunistischen Widerstand irgendwann einmal zu brechen, sind die Ausführungen über die katholische Kirche von einer tiefen Skepsis gegenüber der Kirchenpolitik des Regimes geprägt, denn so lange die nationalsozialistische Führung mit der katholischen Kirche nicht ins Reine komme, werde man die Vorbehalte der kirchentreuen Bevölkerung nicht überwinden können. Die Bevölkerung glaube den kirchenpolitischen Ankündigungen der Regierung nicht, berichtete Nockemann aus Aachen; die Erschießung prominenter Katholiken nach dem „Röhm-Putsch“ und die zähen Verhandlungen über die Ausführungsbestimmungen zum Konkordat täten ein Übriges.<sup>14</sup> Der Trierer Gestapostellenleiter bestätigte im Herbst 1934, „die noch immer ungeklärte Lage in dem Verhältnis zwischen Kirche und Bewegung“ beeinflusse die Stimmung der Bevölkerung „in ungünstigem Sinne“.<sup>15</sup>

Bei den Konflikten mit der katholischen Kirche ging es jedoch selten um unmittelbar politische Fragen, nie um die Alternative Demokratie oder Dikta-

<sup>14</sup> Lagebericht (= LB) der Gestapostelle Aachen für August 1934, Abschnitt I.

<sup>15</sup> LB der Gestapostelle Trier für September 1934, Abschnitt A1.

tur, die Behandlung der politischen Opposition oder rassischer Minderheiten, die Aufrüstung und so weiter, selten um die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit, sondern vorwiegend um die Selbstbehauptung der Institution Kirche, ihrer Glaubensinhalte und ihrer Organisationen. Hierzu rechnete an vorderer Stelle die Abwehr des sogenannten Neuheidentums, also des letztendlich gescheiterten Versuchs, eine völkisch-germanische Interpretation des Christentums zu installieren – was im Übrigen auch die Evangelische Kirche ablehnte.

Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen stand Alfred Rosenbergs berüchtigtes Buch über den „Mythus des XX. Jahrhunderts“, in dem es darum ging, den „Mythus des deutsch-germanischem Blutes“ wieder zu erwecken. Hierzu gehöre auch die Formung einer „deutschen Kirche“, in der z. B. „an Stelle der alttestamentlichen Zuhälter- und Viehhändlergeschichten [...] die nordischen Sagen und Märchen“ treten sollten. Obgleich das Buch keine offizielle nationalsozialistische Publikation war, konnte man es auf Grund der prominenten Stellung Rosenbergs doch als Kampfansage des Regimes auffassen, zumal sich kein führender Nationalsozialist von ihm distanzierte, und Rosenberg Anfang des Jahres 1934 zum „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ ernannt wurde.

Bereits im Oktober 1933 hatte der deutsche Episkopat beim Kölner Erzbischof eine in Düsseldorf angesiedelte Bischöfliche Hauptarbeitsstelle zur Koordination der Aktivitäten der Katholischen Aktion gegen die Angriffe des Regimes eingerichtet. Wenig später rief der Kölner Kardinal Schulte eine Abwehrstelle gegen antichristliche Propaganda ins Leben, die unter der Leitung des Domvikars Joseph Teusch eine lebhaft, von der Gestapo penibel registrierte publizistische Tätigkeit entfaltet. Die nachhaltigste Wirkung erzielten die im Herbst 1934 auf Initiative des Bonner Kirchenhistorikers Wilhelm Neuß in hoher Auflage erschienenen „Studien zum Mythus des XX. Jahrhunderts“, die in akribischer Kleinarbeit Rosenbergs Buch als wissenschaftlich nicht ernst zu nehmendes Pamphlet bloß stellten.<sup>16</sup>

Das andere große Konfliktfeld war die Bewegungsfreiheit der katholischen Jugendorganisationen. Das Reichskonkordat von 1933 hatte eine Bestandsgarantie für die Jugendverbände enthalten, deren Stabilisierung ein nicht unwesentlicher Teil der Überlebensstrategie der katholischen Kirche war. Dies aber musste zwangsläufig mit dem Alleinvertretungsanspruch der HJ kollidieren, auch wenn diese nie offizielle Staatsjugend wurde und eine Zwangsmitgliedschaft erst 1939 verordnet wurde. Allerdings wurde dieser bei NS-Organisationen übliche Allein-

<sup>16</sup> Die „Studien zum Mythus des XX. Jahrhunderts“ erschienen ohne Verfasserangaben seit 1934 in mehreren Auflagen, unter anderem auch als Beilage zu verschiedenen katholischen Amtsblättern.



vertretungsanspruch nicht nur von der katholischen Widerspenstigkeit, sondern auch von eigenen Unzulänglichkeiten in Frage gestellt, denn die HJ war von der im Frühjahr 1933 einsetzenden Mitgliederschwemme personell, finanziell und organisatorisch heillos überfordert. Bis Ende 1934 wuchs sie von 100.000 auf 3,6 Millionen Mitglieder an. So ist nachvollziehbar, dass sogar die Gestapo ein gewisses, wenn auch unausgesprochenes Verständnis für diejenigen katholischen Eltern aufbrachte, die ihre Kinder lieber einem in der Jugendarbeit erfahrenen Kaplan anvertrauten, als einem überforderten, aber anmaßenden HJ-Jungfunktionär.

Schwer zu durchschauen waren für die Gestapo mitunter die tatsächlich verwirrenden Konflikte innerhalb der evangelischen Kirche zwischen den Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche, deren Auseinandersetzungen letztendlich auf ein Unentschieden hinausliefen. In den Augen der Gestapo-Beobachter erschienen sie weniger als Bedrohung, sondern vielmehr als ein Ärgernis, welches das Ansehen des Regimes minderte, dem es offensichtlich nicht gelang, die Turbulenzen wie auch immer zu beruhigen.

Ein weiteres wichtiges Überwachungsobjekt waren die Juden, bei denen sich die Beobachtungstätigkeit im Besonderen auf die öffentlichen Veranstaltungen der jüdischen Organisationen konzentrierte, so auch auf die Vorträge der zionistischen Vereine, die man nicht behinderte. Akribisch registrierte die Gestapo auch die im Laufe des Jahres 1934 wieder zunehmenden Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte und Betriebe, die von verschiedenen NS-Organisationen und -Funktionsträgern ausgingen, aber im Widerspruch zur offiziellen Linie des Regimes standen, das in dieser Zeit auf eine bürokratisch-gesetzliche Diskriminierung setzte.

Die Berichte enthielten regelmäßig auch ein Kapitel über die „Bewegung und ihre Organisationen“, obgleich der Gestapo in erster Linie die Beobachtung und Verfolgung des politischen und weltanschaulichen Gegners oblag. Indessen suchte sie in der Partei nicht nach Systemfeinden, sondern hatte die vielen Unzulänglichkeiten innerhalb der Bewegung im Visier, die den Unwillen der Bevölkerung erregten, schon deshalb dem Renommee des Regimes schadeten und vor allem personeller Natur waren. Folgt man den Berichten, dann waren die Partei und ihre Organisationen von unfähigen, unsozialen, korrupten und charakterlosen Amtsträgern durchsetzt, die Hitlers Parole „Die Partei befiehlt dem Staat“ für bare Münze nahmen. Die SA suchte seit dem „Röhm-Putsch“ nach einem neuen Selbstverständnis, der NS-Frontkämpferbund kam mit der Integration der Stahlhelm-Mitglieder nicht klar, die Hitlerjugend litt unter ihrer eigenen Expansion, die Deutsche Arbeitsfront hatte Mühe, die Anerkennung der Arbeiterschaft zu finden und das Winterhilfswerk erntete zwar viel Lob, mit seinen pausenlosen Sammelaktionen aber auch viel Unmut bei der Bevölkerung. Alles in allem zeichnen die Berichte ein eher niederschmetterndes Bild der nationalsozialistischen Bewegung.

Kontinuierlich, wenngleich knapper referierten die Gestapostellen auch über die rheinische Zeitungslandschaft, wo es ebenfalls wenig Erfreuliches zu vermelden gab, denn allzu offensichtlich waren die journalistischen Defizite der Parteipresse. Eigene Abschnitte der Berichte widmeten sich schließlich auch den Gewerkschaften und der Sozialistischen Arbeiterpartei, der Schwarzen Front Otto Straßers, der Deutschen Glaubensbewegung, dem Tannenbergbund und der Ludendorff-Bewegung, den Freiwirtschaftlichen Organisationen, dem Alldeutschen Verband, den Freimaurern sowie den Zeugen Jehovas. Wegen der Grenzlage ihrer Bezirke referierten Düsseldorf, Aachen und Trier zudem über die wichtigsten Vorgänge im Sargebiet, in Luxemburg, in den Niederlanden, in Belgien, und hier insbesondere in Eupen-Malmedy.

Adressat der Berichte war das Geheime Staatspolizeiamt, Kopien gingen – soweit sich feststellen lässt – an den jeweiligen Regierungspräsidenten und – eher selten – an den Oberpräsidenten und an die jeweils anderen rheinischen Gestapostellen. Die Frage ist, was dort mit den Berichten geschah, die in der Regel 30 bis 40 Seiten umfassten, aber auch schon einmal 70 bis 80 Seiten dick sein konnten. Erstaunlicherweise ist über die Rezeption der Berichte wenig bekannt. Man kann davon ausgehen, dass die Monatsberichte wie auch die sonstige laufende Berichterstattung der Gestapostellen in das Informationssystem des Gestapa eingespeist wurden, aber zum Beispiel Monatsberichte des Amtes selbst gab es dauerhaft offenbar nicht.<sup>17</sup>

Dass es natürlich einen Informationsfluss gab, zeigte sich spätestens im April 1936, als Göring die Erstellung allgemeiner Lageberichte der Gestapostellen und der Regierungspräsidenten über die Stimmung der Bevölkerung generell verbot. Der Grund sei, dass „vereinzelte Unzuträglichkeiten oder örtliche Schwierigkeiten“ unnötig in den Vordergrund gestellt und verallgemeinert würden. „Da aber schon die Herstellung und Verbreitung der Lageberichte es mit sich bringt, dass diese einem größeren Kreis von Personen bekannt werden, entsteht so die Gefahr, dass die Lageberichte selbst zur Verschlechterung der Lage beitragen. Was es schließlich bedeuten würde, wenn betont pessimistische Lageberichte [...] in falsche Hände [...] geraten sollten“, brauche nicht näher dargelegt zu werden. Eine regelmäßige Berichterstattung sei auch gar nicht mehr nötig, weil sich die Bevölkerung in ihrem Vertrauen zum Führer durchaus nicht erschüttern lasse.<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Anderslautende Angaben bei Rainer Eckert, Gestapo-Berichte. Abbildungen der Realität oder reine Spekulation? In: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), Die Gestapo – Mythos und Realität, Darmstadt 1995, S. 200–218, hier S. 203.

<sup>18</sup> Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten vom 2.4.1936 an die Ober- und Regierungspräsidenten, in: Landesarchiv NRW Abteilung Rheinland (= LAV NRW R), BR 1–1051.

Es ist offensichtlich, dass dem Regime die von einer nüchternen Darstellung der Verhältnisse ausgehenden Risiken größer erschienen als ihr Nutzen für die Unterdrückung und Lenkung der Bevölkerung. Allerdings hatte sich entgegen Görings Behauptung eine regelmäßige Berichterstattung keineswegs erübrigt. Die Berichte der Gestapo beschränkten sich zwar von nun an fast ausschließlich auf die „kommunistischen und marxistischen Bewegungen“ und die der Regierungspräsidenten auf die wirtschaftliche Lage, doch die Berichterstattung über das alltägliche Leben, die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Emigrantenszene, über „Schrifttumswesen und Schrifttumspolitik“ und so weiter wurde etwas später unter der Regie des SD wieder aufgenommen. Als diese SD-Berichte 1943/44 schließlich ihrerseits eingestellt werden mussten, war der Grund interessanterweise wiederum ihre „defaitistische“ Wirkung.<sup>19</sup>

Bei der Lektüre der Gestapoberichte wird Görings Missmut durchaus nachvollziehbar. Denn ihre Aufgabe ernst nehmend, Gefahren für das Regime frühzeitig zu erkennen und abzuwehren und darüber ungeschminkt zu berichten, hatten die Gestapoleiter logischer Weise vor allem negative Vorkommnisse und Entwicklungen im Auge, obgleich die Berichte immer wieder auch das Vertrauen der Bevölkerung in den Führer und ihre Begeisterung über machtpolitische Erfolge wie die Saarabstimmung, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und den Einmarsch in das Rheinland gebührend hervorzuheben nicht versäumten. Berücksichtigt man zudem, dass die Gefahren nicht nur im kommunistischen Untergrund, hinter Kirchenmauern, in Freimaurerlogen und Emigrantenkreisen lauerten, sondern auch in der nationalsozialistischen Bewegung selbst in Gestalt korrupter Ortsgruppenleiter, pöbelnder SA-Leute und unfähiger HJ-Führer, wird verständlich, dass man höheren Orts wenig Vergnügen empfand, dies alles jeden Monat in komprimierter Form nachlesen zu müssen, zumal die Gestapoleiter kein Blatt vor den Mund nahmen.

Mit erstaunlichem Selbstbewusstsein wiesen die zumeist jungen, zwischen 30 und 35 Jahre alten Dienststellenleiter ihre Vorgesetzten auf Fehlentwicklungen hin, für die letztendlich das Regime selbst verantwortlich war: dass die Arbeiterlöhne zu niedrig und die Lebensmittelpreise zu hoch seien; dass die Reglementierungswut des Reichsnährstandes die Landwirtschaft behindere; dass die Devisen- und Rohstoffbewirtschaftung den wirtschaftlichen Wiederaufschwung erschwere; dass das Vertrauen der katholischen Rheinländer nur durch einen *modus vivendi* mit der Kirche zu gewinnen sei; dass die Partei sich radikal unfähiger Amtsträger entledigen müsse; dass sie sich auf regionaler und lokaler Ebene aus der Verwaltung heraushalten solle und so weiter. So monierte der Koblenzer Leiter, dass sich „untere Parteiorgane Befugnisse anmaßen, die ihnen nicht zustehen“, wodurch

<sup>19</sup> Boberach, Meldungen (wie Anm. 7), Band 1, S. 18 ff.

sowohl die Autorität der Behörden, als auch das Ansehen der Bewegung Schaden nehme.<sup>20</sup> Allgemein – so sein Trierer Kollege – verurteile die Bevölkerung auch das Wuchern der Organisationen und Bürokratien. Insbesondere den armen Eifelbauern wolle „die Notwendigkeit der vielen Dienststellen und das Nebeneinander und Übereinander ihrer Zuständigkeiten nicht einleuchten“.<sup>21</sup> Auch Nockemann berichtete von Klagen „über eine zu starke Überorganisation in allen Zweigen der Wirtschaft“<sup>22</sup> und beschwerte sich, es ginge nicht an, dass die Partei Personen helfe, deren Anliegen von der Verwaltung abgewiesen worden seien.<sup>23</sup>

Sommer forderte, bei kriminellen Aktivitäten der Funktionsträger müsse durchgegriffen werden, weil ansonsten bei Sammlungen die Gebefreudigkeit der Bevölkerung leide,<sup>24</sup> und wiederholt betonten er und seine Kollegen, nach dem „Röhm-Putsch“ erwarte die Bevölkerung „mit Recht eine General-Säuberung“<sup>25</sup> innerhalb der Bewegung. Die Partei fahre besser – so Sommer –, „wenn rücksichtslos durchgegriffen werde, als wenn versucht werde, zu vertuschen, was doch nicht zu verheimlichen sei“.<sup>26</sup> Nicht die „marxistische und sonstige gegnerische Wahlpropaganda“, schrieb Möller, sei verantwortlich für den schlechten Ausgang der August-Abstimmung 1934, sondern – neben der Agrarpolitik – der Zustand des nationalsozialistischen Personals.<sup>27</sup> Und sein Koblenzer Amtskollege vermutete, das Ergebnis wäre noch schlechter ausgefallen, wenn die Abstimmung nicht von Staat und Partei kontrolliert worden wäre. Unverblümt schrieb er von Verfehlungen, „die als Verletzung des Wahlheimnisses beziehungsweise als Beeinflussung, wenn nicht gar Fälschung des Stimmergebnisses anzusehen“ seien.<sup>28</sup>

Nockemann scheute sich nicht, offen der Einschätzung einer NSDAP-Reichsleitertagung im September 1934 zu widersprechen, die Arbeit der Partei finde in der Bevölkerung wachsende Zustimmung. Dies treffe für wesentliche Teile seines Bezirks durchaus nicht zu, denn „eine Zunahme des Einflusses und des Ansehens der Bewegung“ sei keineswegs festzustellen.<sup>29</sup> Klare Worte fand auch Möller beispielsweise bei der Beschreibung der schlechten Stimmung auf dem Lande: Die Bauern seien „in ihrer Mehrheit weder nationalsozialistisch noch ultramontan,

<sup>20</sup> LB der Gestapostelle Koblenz für September 1934.

<sup>21</sup> LB der Gestapostelle Trier für September 1934, Abschnitt C1.

<sup>22</sup> LB der Gestapostelle Aachen für November 1934, Abschnitt IV.

<sup>23</sup> LB der Gestapostelle Aachen für Juli 1934, Abschnitt VI.

<sup>24</sup> LB der Gestapostelle Düsseldorf für September 1934, Abschnitt A1.

<sup>25</sup> LB der Gestapostelle Koblenz für Juli 1934, Abschnitt GIa.

<sup>26</sup> LB der Gestapostelle Düsseldorf für Oktober 1934, Abschnitt A1.

<sup>27</sup> LB der Gestapostelle Köln für August 1934, Abschnitt A.

<sup>28</sup> LB des Regierungspräsidenten in Koblenz für August 1934, Abschnitt I Aa.

<sup>29</sup> LB der Gestapostelle Aachen für September 1934, Abschnitt I.

noch radikal eingestellt. Sie sind einfach mit den Geschehnissen unzufrieden.<sup>30</sup> Ende des Jahres 1934 holte er gar zu einer Art Rundumschlag aus: Die Bevölkerung sei durchaus für den nationalsozialistischen Staat zu gewinnen, wolle aber „erobert sein. Sie wird auch weiter gegenüber Entbehrungen und Nöten durchhalten, wenn sie von dem Bewusstsein erfüllt ist, dass eine einheitliche straffe Zügelführung auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens vorhanden ist, dass Gerechtigkeit im Staate obwaltet, dass Sauberkeit und Ordnung herrschen, dass sich Staat und Bewegung erfolgreich ihrer Sorgen und Nöte annehmen, dass ihre Opfer nicht vergebens sind und wenn ihren primitivsten Bedürfnissen einigermaßen Rechnung getragen wird.“<sup>31</sup>

Mit den Worten des stellvertretenden Leiters des Geheimen Staatspolizeiamtes Werner Best war die Gestapo die „Einrichtung, die den politischen Gesundheitszustand des deutschen Volkskörpers sorgfältig überwacht, jedes Krankheits-symptom rechtzeitig erkennt und die Zerstörungskeime [...] feststellt und mit jedem geeigneten Mittel beseitigt. Das ist die Idee und das Ethos der Politischen Polizei im völkischen Führerstaat unserer Zeit.“<sup>32</sup> Das Berichtswesen war integraler Bestandteil des Beobachtungs-, Kontroll- und Exekutivsystems der Gestapo, und daraus ergab sich seine Funktion als internes Kommunikationsmittel. Diese Zweckbestimmung macht auch den Wert der Berichte für die Geschichtswissenschaft aus, sofern diese ihr quellenkritisches Instrumentarium zu handhaben weiß und die Entstehungsbedingungen der Berichte im Auge behält.

Allein schon die hohe Identifizierung der Gestapostellenleiter mit ihrer Aufgabe verbietet es, den Berichten generell Schönfärberei, absichtliche Verfälschungen und übertriebene Dramatisierungen zu unterstellen. Sie sollten über Ereignisse, Situationen, politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen berichten; sie sollten präzise und erschöpfend „wahrheitsgetreue und ungeschminkte Darstellungen“ liefern.<sup>33</sup> Darüber hinaus sollten sie auch die Stimmungslagen der Bevölkerung beobachten und Konfliktpotentiale ausmachen. So waren die Monatsberichte Faktenrapport, Lagebeurteilung und Frühwarnsystem in einem. Und in gewisser Weise waren sie zugleich Tätigkeitsberichte der Gestapostellen über ihre Beobachtungen und Maßnahmen und darüber hinaus auch eine Plattform für die Gestapostellenleiter, sich als sicherheitspolizeiliche Repräsentanten des Regimes mit Verantwortung für ihren Bezirk darzustellen.

<sup>30</sup> LB der Gestapostelle Köln für Oktober 1934, Abschnitt A3.

<sup>31</sup> LB der Gestapostelle Köln für Dezember 1934, Abschnitt A.

<sup>32</sup> Werner Best, Die Geheime Staatspolizei, in: Deutsches Recht 6 (1936), S. 126 f.

<sup>33</sup> Geheime Staatspolizeiamt, Mitteilungen Nr. 1, 10.1.1934, S. 2, in: Bundesarchiv Berlin, R 58–3030.

Die Gestapostelle Köln erwartete von ihren berichtspflichtigen Landräten „die ständige und genaue Information über all das, was als offener Missstand und als Ungerechtigkeit vom Volk empfunden“ werde, „um jeder staatsfeindlichen Betätigung von vornherein wirksam entgegenzutreten zu können“.<sup>34</sup> Und die Staatspolizeistelle Düsseldorf wünschte sich von ihren Zulieferern ausdrücklich auch „Werturteile und Schlussfolgerungen“<sup>35</sup> und betonte, „dass zu allen aktuellen politischen Fragen eingehend Stellung genommen“ werden solle.<sup>36</sup>

Detlef Peukert betrachtete die Berichte als eine Quelle mit „relativ großer Glaubwürdigkeit“, deren Schwächen leicht zu durchschauen seien.<sup>37</sup> Dies ist der Fall, wenn verschiedenartige Informationskategorien innerhalb der Lageberichte unterschieden werden. Zum einen die Ereignismeldungen über Veranstaltungen und Vorgänge unterschiedlichster Art sowie die Mitteilungen über die Tätigkeit der Gestapostellen selbst: Verhaftungen, Beschlagnahmungen, Durchsuchungen und Beobachtungen; des Weiteren die – der Gestapo oft zugelierten – Berichte über sozioökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen. Beide Kategorien können ein hohes Maß an – zumeist überprüfbarer – Zuverlässigkeit für sich in Anspruch nehmen, wogegen die Vollständigkeit der im Zuge der Kontroll- und Verfolgungsarbeit gewonnenen Kenntnisse, die Wiedergabe der in der Bevölkerung kursierenden Meinungen zu den verschiedenen innen- und außenpolitischen Vorgängen und die auf ihrer Grundlage abgegebenen Einschätzungen, politischen Wertungen und Empfehlungen der Gestapoleiter kritisch zu hinterfragen sind.

Man kann sich dem von Bernd Hey schon vor Längerem formulierten Urteil über die westfälischen Gestapo-Lageberichte anschließen, dass das von ihnen gezeichnete Bild in sich widerspruchsvoll und sicher nicht eindeutig sei. „Aber viele Details sind stimmig, Nuancen oft von erstaunlicher Aussagekraft und atmosphärischer Dichte.“<sup>38</sup> Und es ist auch richtig, was zu der Lageberichterstattung der NS-Zeit generell festgestellt wurde, „dass sie unverzichtbares Material für die Erforschung von Stimmung, Verhalten und sozialer Lage der deutschen Bevölke-

<sup>34</sup> Staatspolizeistelle Köln, Richtlinien für die Berichterstattung in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Angelegenheiten, 30.10.1935, LAV NRW R, RW 18–3, S. 242.

<sup>35</sup> Erlass der Staatspolizeistelle Düsseldorf vom 7.12.1933 an die Polizeipräsidenten, die Landräte und die Oberbürgermeister von Neuss und Viersen, in: LAV NRW R, BR 35–243.

<sup>36</sup> Erlass vom 15.1.1934 an dieselben Adressaten, ebd.

<sup>37</sup> Peukert, KPD (wie Anm. 2), S. 205.

<sup>38</sup> Bernd Hey, Die westfälischen Staatspolizeistellen und ihre Lageberichte 1933–1936, in: Anselm Faust (Hg.), Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945, Köln u. a. 1992, S. 30–39, hier S. 39.



rung, für die des antifaschistischen Widerstandskampfes, für die Aussagen über Innen- und Sozialpolitik und für andere Forschungsfelder“ enthalten.<sup>39</sup>

Damit ist der Quellenwert der rheinischen Gestapo-Berichte bereits umrissen. Sie enthalten zahllose Detailinformationen zu Personen, Organisationen und Ereignissen wie beispielsweise die Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein im August 1934, den gescheiterten Bau eines monströsen „Hauses der deutschen Arbeit“ in Köln, den 1. Mai, den Eintopfsonntag und Tausend Anderes, weshalb sie für jeden Zeithistoriker eine wahre Fundgrube darstellen. In der Perspektive größere Forschungskomplexe dürfte das Potential der Berichte womöglich vor allem der regionalen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die noch immer ein einziges großes Forschungsdesiderat darstellt, zugutekommen, zumal die Berichte der rheinischen Handelskammern archivalisch weniger dicht überliefert sind, als es zunächst den Anschein hat. Dagegen ist das Forschungsfeld „Verfolgung und Widerstand“ wohl bis auf weiteres hinreichend beackert, wenngleich die Edition auch zu diesem Thema vielerlei zusätzliche Informationen enthält. Auch die Stimmung der Bevölkerung in den 1930er Jahren, die in den Berichten einen breiten Raum einnimmt, wurde schon wiederholt analysiert, doch lag zumeist der Fokus auf der Bevölkerung und weniger auf dem Regime selbst und seinen konkurrierenden Strategien, wie denn etwa die Loyalität zu vergrößern und zu festigen sei, und dies in einer stark kirchlich geprägten Region. Womöglich macht die Sicht von der Warte des Regimes selbst, der Blick durch die Brille der aktiv Handelnden, „der Täter“, auf die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Probleme das eigentlich Faszinierende der Lageberichte aus. So können sie eine wichtige Basis für ergänzende Studien zur inneren Struktur des „Dritten Reiches“ bilden, zum Kampf der NS-Hierarchien untereinander, zum Verhältnis von Partei und Staat und zu den Strategien nicht nur zur Unterdrückung, sondern auch zur Integration der Bevölkerung.

<sup>39</sup> Rainer Eckert, Berichtswesen im Faschismus. Abriss der Berichterstattung von Gestapo, Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Regierungs- und Oberpräsidenten sowie Generalstaatsanwälten und Oberlandesgerichtspräsidenten unter Berücksichtigung der vorliegenden Quelleneditionen, in: Bulletin Faschismus – Zweiter Weltkrieg, Nr. 1–4, Berlin 1990, S. 67–116, hier S. 68.

